

Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen e.V.

Mehr Psychologie in die Schulen? Ist ein weiterer Ausbau von schulpsychologischen Diensten geplant, u. a. um Folgen des Home Schoolings aufzufangen?

Die Corona-Pandemie hat psychosoziale und entwicklungspsychologische Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche. Wir wollen ihnen gezielt helfen und Schülerinnen und Schülern passgenaue Beratungs- und Unterstützungsangebote unterbreiten. Dafür werden wir den bereits von uns eingeleiteten Ausbau der Schulpsychologie entschlossen fortsetzen und dauerhaft im Landeshaushalt absichern und steuern. Die Verteilung entsprechender Stellen soll hierbei verstärkt auch unter Anwendung eines schulscharfen Sozialindex erfolgen. Schulen sollen gerade in benachteiligten Lagen als Lebensraum Halt und Sicherheit für Kinder und Jugendliche geben können. Dafür ist es, neben dem verstärkten Einsatz von Fachkräften wichtig, psychische Erkrankungen und Herausforderungen zu entstigmatisieren.

Sind mehr Masterplätze für Psychologie-Studierende geplant? Hier herrscht eine deutliche Unterversorgung!

Wir haben mit der NRW-Koalition die Anzahl der Masterstudienplätze im Fach Psychologie bereits von 788 im Wintersemester 2018/19 auf 850 im Wintersemester 2020/21 ausgebaut. Zusätzlich bietet die Fernuniversität Hagen einen Masterstudiengang Psychologie an, in den sich jeder Person mit einschlägigem Bachelorstudium ohne Zulassungsbeschränkung einschreiben kann. Darüber hinaus wollen wir weitere Masterstudienplätze einrichten.

Ist mehr Schutz von persönlichen Daten z. B. in der Psychotherapie bei der Einführung und Anwendung von elektronischen Patientenakten geplant?

Wir wollen die Möglichkeiten und Chancen der Digitalisierung im Gesundheitswesen noch besser nutzen, um Patientinnen und Patienten effizienter versorgen zu können. Unabdingbar sind dabei jedoch die Gewährleistung der Sicherheit der Daten sowie eine gute Datenqualität. Jegliche Datennutzung muss im Einklang mit der DSGVO erfolgen.

Wie stehen Sie zu mehr Verbraucherschutz durch ein Psycholog*innen-Gesetz, das mehr Transparenz durch verbindliche Qualitätsstandards schafft?

Wir halten berufsrechtliche Regelungen für die in Kammern organisierten Heilberufe auch im Hinblick auf die Qualitätssicherung für sinnvoll. Aktuell berät der Landtag eine Anpassung des Heilberufsgesetzes an die Neuregelung der Psychotherapeutenausbildung, die wir als FDP unterstützen. Eine eigenständige landesrechtliche Regelung für nicht psychotherapeutisch tätige Psychologen ist aus unserer Sicht hingegen nicht erforderlich.